

gesagt, eine Nebelkerze. Das ist Unfug. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Beckamp. – Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Scharrenbach.

**Ina Scharrenbach**<sup>\*)</sup>, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung: Vielen Dank. – Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich kann es, offen gesagt, kurz machen.

Die Landesregierung wird die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts abwarten. Auch das Ergebnis der Sachverständigenanhörung hat uns eher darin bestärkt, dass es sinnvoll ist, genau auf dieses Urteil und die Leitlinien und Leitplanken, die das Bundesverfassungsgericht setzen wird, zu warten. Dann werden wir Ihnen zu entsprechender Zeit einen entsprechenden Gesetzentwurf vorlegen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Frau Ministerin. – Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kann ich die Aussprache zu Tagesordnungspunkt 14 schließen.

Wir kommen zur Abstimmung, und zwar erstens über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/10746. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist der **Änderungsantrag Drucksache 17/10746** mit dem soeben festgestellten Abstimmungsergebnis **abgelehnt**.

Zweitens kommen wir zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/9033. Der Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen empfiehlt in Drucksache 17/10664, den Antrag abzulehnen. Wir kommen daher zur Abstimmung über den Antrag selbst und nicht über die Beschlussempfehlung. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind SPD, Bündnis 90/Die Grünen und AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU und FDP. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist der **Antrag Drucksache 17/9033** mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis **abgelehnt**.

Ich rufe auf:

## 15 Rolle der Landesregierung bei der Räumung des Hambacher Waldes im Herbst 2018

Große Anfrage 17  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 17/7893

Antwort  
der Landesregierung  
Drucksache 17/8812

Ich eröffne die Aussprache. Als erste Rednerin hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Kollegin Brems das Wort.

**Wibke Brems** (GRÜNE): Sehr geehrte Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! In etwa zwei Wochen jährt sich der Beginn der Räumung des Hambacher Waldes zum zweiten Mal.

(Ralf Witzel [FDP]: Was? – Weitere Zurufe)

Damit jährt sich auch der wohl größte und sinnloseste Polizeieinsatz in der Geschichte unseres Bundeslandes. Die Landesregierung hat versucht, die Interessen des Unternehmens RWE auf dem Rücken der Polizistinnen und Polizisten durchzusetzen.

(Zurufe von der CDU und der FDP)

– Ich weiß, dass Sie diese Wahrheiten ungern hören. Aber Sie müssen!

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Sie haben ein Missverhältnis zum Rechtsstaat! – Weitere Zurufe von CDU und FDP – Zuruf von Arndt Klocke [GRÜNE] – Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU] – Zuruf: Durchatmen! – Unruhe – Glocke)

– Ganz ruhig.

(Zuruf: Unglaublich! – Glocke – Zurufe von Josef Hovenjürgen [CDU] und Arndt Klocke [GRÜNE])

– Ich habe ja noch gar nicht richtig angefangen, und Sie regen sich schon so auf. Es wird doch noch besser.

(Zurufe von Josef Hovenjürgen [CDU] und Arndt Klocke [GRÜNE])

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Frau Brems hat das Wort. Wenn es etwas zu debattieren gibt, dann tun wir das hier am Redepult und nicht quer durch den Raum – insbesondere, wenn die akustischen Verhältnisse durch die coronabedingten Maßnahmen, die wir ergriffen haben, eingeschränkt sind. – Frau Brems hat jetzt das Wort.

**Wibke Brems** (GRÜNE): Ganz herzlichen Dank. – Die Gewerkschaft der Polizei hatte damals unter dem

Motto „Erst reden, dann roden!“ die Landesregierung vergeblich aufgefordert, erst zu klären, ob die Rodung des Hambacher Waldes energiewirtschaftlich überhaupt noch notwendig ist, anstatt Polizeibeamte über Wochen in einen gefährlichen Einsatz zu schicken.

(Ralf Witzel [FDP]: Wo ist die Henne, und wo ist das Ei? – Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU] – Weitere Zurufe)

Wir haben während und nach der Räumung mit diversen Kleinen Anfragen, Mündlichen Anfragen und Diskussionen in Ausschüssen versucht, aufzuklären, wie es zu dieser Entscheidung kam, den Wald räumen zu lassen.

Da wir – vorsichtig formuliert – bei der Landesregierung nur bedingten Aufklärungswillen erkennen konnten und immer wieder neue Widersprüche in der Argumentation feststellen mussten, haben wir im November vergangenen Jahres dann diese Große Anfrage gestellt, deren Beantwortung wir heute diskutieren.

Damit die Sachlichkeit noch einmal kurz einkehrt: Natürlich gilt mein Dank den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Ministerien, die die Fragen auf über 150 Seiten beantwortet haben.

Die Antwort auf unsere Große Anfrage hat uns folgende Dinge gezeigt:

Erstens. Die Begründung „mangelnder Brandschutz“ war nur eine Scheinbegründung für die rechtliche Legitimierung des Polizeieinsatzes.

(Beifall von den GRÜNEN)

In Wahrheit ging es darum, RWE die planmäßige Rodung zu ermöglichen.

Zweitens. Minister Reul hat die Öffentlichkeit getäuscht und Straftaten höher dargestellt, als sie waren.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: So ist das! Ministerin Scharrenbach war dabei! – Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Die Daten der Landesregierung belegen, dass die Straftaten im Wald nicht wie behauptet im Frühjahr ...

(Zurufe von der CDU und den GRÜNEN – Glocke)

– Die Stimmung heute Abend ist ja wirklich erhitzt. – Also: Die Daten der Landesregierung belegen, dass die Straftaten im Wald nicht, wie behauptet, im Frühjahr massiv angestiegen sind. Erst mit Beginn der Räumung ...

(Fortgesetzt Zurufe von der CDU, der FDP und den GRÜNEN – Glocke)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Entschuldigung, Frau Brems. Warten Sie einen kleinen Moment. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich kann ja verstehen, dass man Sachverhalte unterschiedlich bewertet und dann auch heftig debattiert – aber bitte mit den Regeln der parlamentarischen Demokratie, die hier immer gepflegt werden, und nicht quer durch den Raum brüllend. Wenn Sie das bilateral ausdiskutieren möchten, suchen Sie sich bitte einen anderen Ort, aber nicht den Plenarsaal.

(Vereinzelt Beifall – Zurufe)

**Wibke Brems (GRÜNE):** Danke schön. – Ich führe jetzt gerne fort. Erst mit Beginn der Räumung kam es zur Eskalation.

Dritte Erkenntnis der Großen Anfrage: Minister Reul war die treibende Kraft hinter der Räumungsentscheidung. Weil Sie selbst keinen Grund für ein Einschreiten finden konnten, setzten Sie Ihre Kabinettskollegin mit fragwürdig vergebenen Rechtsgutachten unter Druck, bis Ministerin Scharrenbach sich schließlich vor Ihren Karren spannen ließ.

(Marc Lürbke [FDP]: Genau! – Josef Hovenjürgen [CDU]: Unsinn!)

Vierte Erkenntnis: Die Landesregierung war Handlanger von RWE. Denn Sie haben in keiner Weise versucht, RWE von den Rodungsplänen abzubringen

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

oder aber die Rodung zu untersagen. Vielmehr haben Sie nach dem Motto „Ihr Wunsch ist mein Befehl“ alle Hebel in Bewegung gesetzt. – Ich scheine hier ja wirklich einen wunden Punkt getroffen zu haben.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Bei all dem hat die Landesregierung ... Ich meine doch gar nicht Sie. Ich meine hier die Landesregierung. Warum regen Sie sich denn dann so auf?

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Landesregierung blendete anstehende Gerichtsverfahren und die an einem Kohlekompromiss arbeitende Kohlekommission komplett aus.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Wir haben also einige Erkenntnisse aus der Beantwortung der Großen Anfrage ziehen können.

Aber einiges blieb leider auch ungeklärt. Sie haben die Fragen zum Vergabeverfahren der Gutachten bis heute nicht zufriedenstellend beantwortet. Zweifel an der Rechtmäßigkeit bleiben bis heute.

(Beifall von den GRÜNEN)

Bis heute bleibt auch, ehrlich gesagt, der schale Beigeschmack einer Landesregierung, die sich anscheinend nicht eine Minute damit auseinandergesetzt hat, ob ein Polizeieinsatz durch Entscheidungen von Gerichten oder der Kohlekommission vielleicht nutzlos werden könnte.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

In ihrem blinden Gehorsam gegenüber RWE hat die Landesregierung einfach das getan, was das Unternehmen von ihr verlangt hat. Das ist einer Landesregierung unwürdig und das Gegenteil von verantwortungsvoller Politik. Und das ist unsere Erkenntnis aus dieser Großen Anfrage. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Marc Lürbke [FDP] – Ralf Witzel [FDP]: Fragen der Realität!)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Frau Kollegin Brems. – Was Sie nicht mehr sehen konnten, ist, dass eine Kurzintervention angemeldet worden ist, und zwar von Herrn Abgeordneten Röckemann von der AfD-Fraktion.

**Thomas Röckemann (AfD):** Schönen Dank. – Ich bin einigermaßen fassungslos, wie Sie hier auftreten. Sie relativieren Straftaten. Schuld an der ganzen Misere sei die Polizei. Ja, sie ist selbst schuld, dass sie im Hambacher Forst mit Fäkalien beworfen wurde.

Sie werfen Herrn Minister Reul vor, überhaupt tätig geworden zu sein. Wir werfen Herrn Minister Reul vor, dass er nicht sofort tätig geworden ist.

Sie kichern hier herum. Es ist ein unerträglicher Zustand, wie Sie und Ihre Partei sich hier darstellen.

(Beifall von der AfD)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Frau Kollegin Brems.

**Wibke Brems (GRÜNE):** Herzlichen Dank, Frau Präsidentin. – Ich möchte noch einmal klarstellen, dass ich in meiner Rede – wer genau zugehört hat, weiß das – keine einzige Straftat relativiert habe.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Doch! Haben Sie!)

Ich möchte auch feststellen, dass ich gesagt habe – das wiederhole ich gerne –,

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

dass diese Landesregierung gerade diesen Konflikt auf dem Rücken der Polizistinnen und Polizisten ausgetragen hat.

(Beifall von den GRÜNEN)

Damit habe ich keine Schuldzuweisungen oder keine Zuweisungen an Polizistinnen oder Polizisten gemacht, sondern ganz klar an diese Landesregierung. Da liegt die Verantwortung – und nicht bei der Polizei.

(Beifall von den GRÜNEN – Daniel Sieveke [CDU]: Unglaublich!)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank. – Jetzt können wir in der Redeliste fortfahren. Für die CDU-Fraktion hat Herr Kollege Frieling das Wort.

**Heinrich Frieling (CDU):** Herzlichen Dank. – Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Frau Brems, das war schon ein starkes Stück, was Sie hier abgeliefert haben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich habe mich ernsthaft mit der Antwort auf die Große Anfrage auseinandergesetzt. Aber das, was ich mir dazu aufgeschrieben habe, wird Sie alles nicht interessieren. Denn dieser politische Schaukampf, den Sie hier veranstalten, ist verantwortungslos gegenüber allen Beteiligten.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich rate Ihnen dringend, Ihr Verhältnis zum Rechtsstaat zu überdenken und neu zu sortieren.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Es gibt gerichtliche Entscheidungen – darauf gehe ich gleich noch ein –, die die Rechtmäßigkeit des Vorgehens unzweifelhaft bestätigen.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Genau! Sie hätten aufmerksam zuhören müssen!)

Und Sie sprechen hier von irgendwelchen Scheinbegründungen oder anderen Dingen! Sind das denn auch Scheinurteile der deutschen Gerichte? Werfen Sie denen das vor?

(Beifall von der CDU und der FDP – Bodo Löttgen [CDU]: Jawohl!)

Und Ihr Spielchen, um das es in Ihrer Anfrage gar nicht geht, um mögliche zivilrechtliche Ansprüche und deren Durchsetzung, die Sie durch die Leitentscheidung erst begründet haben – es geht hier um die Rodung aus bauordnungsrechtlichen Gründen –, wird jeder durchschauen.

Denn wäre das ein Grund gewesen, hätte ein Gericht im Rahmen der Verhältnismäßigkeitsprüfung sachfremde Erwägungen festgestellt. Das ist hier eindeutig nicht der Fall.

Vor dem Hintergrund von Verletzten und Toten, die es dort gegeben hat – einen Toten; ich will es hier nicht übertreiben –, ist es geschmacklos, hier – und das haben Sie getan – der Polizei die Schuld in die Schuhe zu schieben.

(Widerspruch von Arndt Klocke [GRÜNE])

– Ich habe es mir aufgeschrieben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Sie haben gesagt, der Polizeieinsatz sei eher schuld an der Eskalation vor Ort. – Sortieren Sie Ihr Verhältnis zum Rechtsstaat!

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

Wo ich gerade dabei bin, kann ich Ihnen auch sagen, dass Sie dringend aufhören sollten, hier Ihre sprachlichen Spielchen zu spielen. Das nimmt Ihnen nämlich in der Presse und auch in der Bürgerschaft niemand ab. Es ist doch ein Versuch künstlicher politischer Emotionalisierung,

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Das sagen die Richtigen!)

wenn Sie jetzt dieses Gebiet einfach einmal eigenständig umbenennen – vom Hambacher Forst zum Hambacher Wald. In Karten, in Urteilen und vor Ort heißt es nun einmal Hambacher Forst.

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Nur, weil Sie sich politisch etwas davon versprechen – wie gerade in Ihrer Rede –, dieses Thema zu emotionalisieren, womit Sie niemandem vor Ort und auch nicht der Ökologie helfen, müssen andere das bezahlen, was Sie hier verursachen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Sie versuchen bei diesem Thema konsequent ...

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Herr Kollege Frieling, Entschuldigung, dass ich Sie unterbreche. Frau Kollegin Düker würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

**Heinrich Frieling** (CDU): Ja, bitte schön.

**Monika Düker\*** (GRÜNE): Danke, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Ich mache einmal einen Versuch zur Versachlichung der Debatte.

(Lachen von der CDU – Heinrich Frieling [CDU]: Das finde ich gut! Sie retten Ihre Kollegin Frau Brems!)

– Jetzt lassen Sie mich erst einmal ausreden.

(Heinrich Frieling [CDU]: Entschuldigung!)

Ich nehme einmal einen Kronzeugen dieses ganzen Polizeieinsatzes, der völlig unverdächtig ist, irgendeine grüne Vorfeldorganisation zu sein, nämlich den Bund Deutscher Kriminalbeamter. Ich möchte Sie gerne mit einem Zitat konfrontieren und Sie fragen,

wie Sie zu diesen Aussagen des Bundes Deutscher Kriminalbeamter stehen.

Auf der Seite des Bundes Deutscher Kriminalbeamter NRW ist eine Presseveröffentlichung vom 13. September 2018 zu finden, in der es heißt – ich zitiere –:

„Die Landesregierung kann sich nun nicht mehr hinter gerichtlichen Entscheidungen verstecken. Das ist eindeutig ein politischer Startschuss für die heiße Phase eines der größten und teuersten Polizeieinsätze in der Geschichte NRWs. Die Polizei wird hier in Amtshilfe tätig.“

Jetzt kommt es:

„Diese Amtshilfe hätte zum jetzigen Zeitpunkt versagt werden müssen, weil dem Land ...“

(Zuruf: Ich kann dir gerne eine Fortbildung dazu anbieten! – Daniel Sieveke [CDU]: Wo ist die Frage? – Weitere Zurufe von der CDU)

– Ich frage den Kollegen, was er zu dieser Aussage des Bundes Deutscher Kriminalbeamter sagt und ob er ihm auch Rechtsbruch bei diesen Aussagen vorwirft. – Ich sage es noch einmal:

„Diese Amtshilfe“

(Daniel Sieveke [CDU]: Die Frage!)

„hätte zum jetzigen Zeitpunkt versagt werden müssen, weil dem Land erhebliche Nachteile bei der Gewährleistung der Sicherheit für die Bevölkerung entstehen“,“

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Die Frage! Warum lassen Sie das durchgehen, Frau Präsidentin?)

„stellt der Landesvorsitzende des Bundes Deutscher Kriminalbeamter in NRW, Sebastian Fiedler, fest.“

Was sagen Sie zu dieser Feststellung aus dem September 2018, Herr Kollege?

**Heinrich Frieling** (CDU): Frau Kollegin, der Versuch einer Versachlichung ist Ihnen nicht gelungen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich bleibe weiterhin dabei, dass ich mich den gerichtlichen Entscheidungen, die ich akzeptiere, hier inhaltlich anschließe.

Wenn wir jetzt schon Kronzeugen austauschen, dann nehmen wir einmal den damals meines Wissens auch von Ihnen gestützten Justizminister Kutschaty, der auch, sogar im Nachgang noch im Jahr 2018, in einer Presseerklärung gesagt hat, er halte die Räumung aus bauordnungsrechtlichen Gründen für vertretbar.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Aber ich denke, wir wollen hier nicht Zitate austauschen, sondern uns endlich mit der Antwort auf die Anfrage beschäftigen, die immerhin auf 164 Seiten ihre 85 Einzelfragen umfassend beantwortet.

Die Antwort lautet in aller Kürze, dass sich die Landesregierung rechtskonform verhalten hat. Sie ist ihrem grundgesetzlichen Auftrag zum Schutz von Leib und Leben und körperlicher Unversehrtheit nachgekommen und hat den Rechtsstaat durchgesetzt – was Sie hier ja offensichtlich deutlich infrage stellen.

Dass sich die Landesregierung rechtskonform verhalten hat, wurde mehrfach gerichtlich bestätigt. Konkrete Grundlage der bauordnungsrechtlichen Verfügungen und der Räumung ist § 61 Abs. 2 Satz 2 der Bauordnung NRW in der seinerzeit gültigen Fassung.

Das Verwaltungsgericht Köln hat dazu in seiner Entscheidung – vielleicht schreiben Sie sich das auf; dann können Sie sie einmal nachlesen – vom 13. September 2018 festgestellt, dass formelle und materielle Baurechtswidrigkeit, also der im Rechtssinne drängendste Fall, hier gegeben waren. Die rechtmäßige Folge ist eine Räumungsverfügung.

Entsprechende Verfahren vor dem Verwaltungsgericht Aachen und dem OVG Münster bestätigen ebenso die Rechtmäßigkeit der Räumung bereits im einstweiligen Rechtsschutzverfahren.

Jetzt kommen wir auch noch zum höchsten Verwaltungsgericht in Nordrhein-Westfalen. Auch der 7. Senat des OVG in Münster hat bereits festgestellt, das öffentliche Interesse an der Räumung der Baumhäuser überwiege unabhängig von baurechtlichen Erwägungen allein schon deshalb, weil sie zum Schutz von Unternehmensmitarbeitern sowie Polizistinnen und Polizisten vor Gefahren für Leib und Leben geboten war.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von den GRÜNEN)

– Das können Sie alles nachlesen. – Selbst wenn man die Baumhausanlagen als Versammlung einstufen wollte, fehlte es an der Friedlichkeit, womit sich die Besetzer nicht einmal auf Art. 8 des Grundgesetzes berufen konnten.

Dass das Ministerium im Übrigen zur Beantwortung Ihrer Fragen regelmäßig – wie gesagt: beschäftigen Sie sich einfach einmal mit der Anfrage, die Sie gestellt haben, und nicht mit Ihren politischen Fiktionen, die Sie versuchen, rund um dieses Thema aufzubauen – nur auf bereits erteilte Antworten, auf Ausschussprotokolle und auf Fragestunden zu verweisen brauchte, sagt sowohl etwas über die Transparenz der Arbeit unserer Landesregierung als auch über das Niveau Ihrer Fragen aus.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Es bleibt festzuhalten: Alle durchgeführten Räumungen der illegalen Baumhaussiedlungen sind rechtlich nicht zu beanstanden. – Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall von der CDU und der FDP)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Frieling.

Bevor ich Herrn Kollegen Göddertz für die SPD-Fraktion das Wort erteile, möchte ich gerne uns alle, aber anlassbezogen Frau Kollegin Düker, noch einmal auf § 34 unserer Geschäftsordnung,

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

der sich mit den Zwischenfragen beschäftigt, aufmerksam machen. § 34 Abs. 2 Satz 2 lautet:

„Die Frage ist möglichst kurz zu formulieren.“

Bei so langen Zitaten ist das schwerlich möglich. Dafür haben wir dann andere Instrumente. Ich bitte, dies künftig zu beherzigen.

(Monika Düker [GRÜNE]: Entschuldigung!)

Herr Kollege Göddertz.

**Thomas Göddertz (SPD):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Bilanz des Einsatzes zur Räumung des Hambacher Forstes ist für die Landesregierung – ich sage es einmal nett – kein Ruhmesblatt.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Kaum vier Wochen nach der Räumung war der alte Status quo wieder nahezu völlig erreicht. Die Baumhäuser und die Barrikaden wurden neu errichtet. Der Hambacher Forst ist besetzt, auch heute noch.

In ihrer Antwort auf die Große Anfrage schreibt die Landesregierung, dass sie zu keinem Zeitpunkt eine Zusage an RWE gegeben hätte, den Hambacher Forst zwecks Rodung zu räumen. Frage: Warum wurden dann im August Gutachten bei der Kanzlei Baumeister in Auftrag gegeben? War das nur ein theoretisches Planspiel für das Kabinett?

Ich zitiere Herrn Minister Reul aus der WDR-Sendung „Westpol“ am 23.09.2019:

„Die Räumung hat ja mit der Baumrodung gar nichts zu tun. Da werfen die Leute ja auch alles durcheinander.“

Das hat mit der Rodung nichts zu tun? Womit denn sonst?

Frau Ministerin Scharrenbach hat die Räumung so begründet: „Gefahr für Leib und Leben“ der Baumhausbewohner. – Auf eine Nachfrage von mir, ob sich die Gefahrenlage von 2018 bis 2019 geändert hat, konnte oder wollte sie nicht antworten.

Halten wir uns noch einmal vor Augen: Über mehrere Wochen, nämlich vom 13.09. bis zum 08.10., haben Polizeihundertschaften über 350.000 Einsatzstunden geleistet. Insgesamt waren 31.000 Menschen in Schichten im Hambacher Forst. Die Arbeitszeiten lagen oft bei über 14 Stunden täglich. Dabei waren die Beamten auch gewaltsamen Übergriffen ausgesetzt. Es waren nicht nur friedliche Demonstranten vor Ort, sondern auch Angehörige einer militanten Szene, und diese schreckten vor Angriffen auf die Beamten nicht zurück.

Wenige Tage nach der Räumung hat ein Gericht die Rodung untersagt. Was haben sich wohl die Polizistinnen und Polizisten in diesem Moment gedacht?

Herr Minister Reul, Sie haben Ihre Schutzbefohlenen hier ins Feuer geschickt – für nichts und wieder nichts. Die Begründungen für die Räumungen wären heute genauso gegeben wie damals, ob mit oder ohne Rodung. Die Baumhäuser sind längst wieder da, aber die Landesregierung lässt die Besetzer gewähren. Damals sollte angeblich Gefahr für Leib und Leben der Baumhausbewohner abgewendet werden. Ist diese Gefahr heute nicht mehr gegeben?

Ich halte fest: Die Landesregierung hat Gründe gesucht, um den Hambacher Forst zu räumen. Dazu hat sie Gutachten beauftragt. Diese Gutachten wurden der Öffentlichkeit erst ein Jahr nach der Räumung zugänglich gemacht. Als Begründung wurde das Baurecht meines Erachtens missbraucht, um politische Interessen durchzusetzen. Eine erneute Räumung mit der Begründung aus 2018 wird nicht in Betracht gezogen, auch wenn sich die Gefahrensituation nicht verändert hat.

Die Landesregierung hat dem Steuerzahler mit diesem, in der Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen einmaligen Vorgang erheblichen Schaden zugefügt.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Beziffern will sie diesen Schaden jedoch nicht, auch nicht auf mehrfache Nachfrage. Man hat versucht, die wahren Hintergründe für diesen Einsatz vor der Bevölkerung, vor dem Parlament und vor den Polizistinnen und Polizisten geheim zu halten.

Und was hat das alles gebracht? Nichts! Die Baumhäuser stehen wieder – mindestens genau so viele wie vorher. Trotz aller Täuschungen hat die Landesregierung nichts, aber auch wirklich nichts erreicht.

Fazit: Ihre Antwort auf die Große Anfrage ist eine Chronik des Versagens der Landesregierung. – Vielen lieben Dank und Glück auf!

(Vereinzelt Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Göddertz. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Brockmeier.

**Alexander Brockmeier<sup>\*)</sup>** (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Beitrag der Grünen hat gerade noch mal deutlich gemacht, wes Geistes Kind das hier eigentlich ist.

(Vereinzelt Beifall von der FDP und der CDU)

Genauso wie mit der Großen Anfrage versuchen die Grünen, eine große Verschwörung zwischen der Landesregierung auf der einen und RWE auf der anderen Seite darzustellen.

Frau Düker, Sie haben sich gerade zu Wort gemeldet, haben aber auch schon im Rahmen der Räumung behauptet, die Landesregierung sei Erfüllungsgehilfin von RWE. Es ist schon wirklich eine bodenlose Frechheit, dass Sie sich auf dieses populistische Vorgehen einlassen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Und es ist ganz schön komisch, wenn Sie die Landesregierung darum bitten, RWE zu fragen, was die inneren Beweggründe von RWE seien. Ich kann Ihnen sagen: Genauso wenig, wie die Landesregierung Erfüllungsgehilfin von RWE ist, ist sie eine Erfüllungsgehilfin der grünen Landtagsfraktion. Wenn Sie Fragen an RWE haben, dann können Sie einfach selbst den Hörer in die Hand nehmen und einfach selbst nachfragen.

(Beifall von der FDP und Josef Hovenjürgen [CDU])

Der Beitrag von Frau Brems hat gerade noch mal ihre anscheinende Unkenntnis in Sachen Hambacher Forst deutlich gemacht, oder sie will es einfach nicht verstehen. Es beginnt bei den Begriffen „Forst“ und „Wald“, geht aber auch darüber hinaus.

In so vielen Vorlagen ist schon alles beantwortet worden: durch das Bauministerium, durch das Innenministerium, in mündlichen Ausführungen in Ausschüssen und in einer Fragestunde im Plenum: Antworten über Antworten in einem wirklich sehr toleranten Stil der Landesregierung. Aber Sie können einfach nur physisch anwesend gewesen sein. Zugehört haben Sie auf jeden Fall nicht, sonst hätten Sie diese Anfrage nicht so durchgezogen.

(Vereinzelt Beifall von der FDP und der CDU)

Ich will noch mal feststellen, dass es sich um 3.000 Straftaten im Hambacher Forst seit Oktober 2018 handelt.

(Ralf Witzel [FDP]: So ist es!)

Das sind selbsternannte Klimaaktivisten, die Körperverletzungen, versuchte schwere Körperverletzungen, gefährliche Körperverletzungen,

(Ralf Witzel [FDP]: So ist es!)

Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte, Beleidigungen, Hausfriedensbruch, Brandstiftungen, gefährliche Eingriffe in den Bahnverkehr, Nötigungen, Sachbeschädigungen,

(Ralf Witzel [FDP]: Ganz genau!)

schweren Landfriedensbruch, Diebstahl und vieles, vieles mehr begehen.

(Vereinzelt Beifall von der FDP – Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Das ist das Protokoll, das Sie hier anfragen sollten, und nicht, wer wann wo und vermeintlich in welchem Haus angefangen hat, ein Gutachten zu schreiben.

(Vereinzelt Beifall von der FDP)

Die Kreispolizeibehörde sieht in ihrer Beurteilung eine konkrete Gefahr. Jederzeit können dort Unbeteiligte Waldbesucher zu Schaden kommen. Bis heute sind dort 60 Chaoten. Das muss man sich vorstellen: Da sind nach wie vor 60 Chaoten, die ihr Unwesen da treiben und beispielsweise Molotowcocktails auf einen Streifenwagen werfen. Die nehmen Sie mit Ihrer Anfrage hier in Schutz.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Aber wenn Ihnen diese Straftaten gegenüber unseren Polizisten oder den RWE-Mitarbeitern nicht so wichtig sind, dann ist es vielleicht die Unversehrtheit der Besetzer. Ich möchte gerne mal die oberste Bauaufsichtsbehörde zitieren, die von einer Mangelhaftigkeit der Rettungswege, der dringenden Gefahr, dass sich die Nutzer der Gebäude nicht rechtzeitig in Sicherheit bringen können, oder von ungesicherter Löschwasserversorgung spricht.

Das sind Zitate der Bauaufsichtsbehörde, und da wundert es schon, dass ausgerechnet die Grünen, die sonst so schnell nach dem Staat rufen, hier einfach wegschauen und sagen, der Staat müsse nicht handeln.

Dann stellt sich auch die Frage, wer da eigentlich im Hambacher Forst wohnt und die Polizisten mit Fäkalien bewirft. Auch dazu möchte ich zwei Zitate aus einem Vermerk der Bauaufsichtsbehörde bringen, die davon spricht, dass dort zunehmende Gewaltbereitschaft gegenüber Vertretern staatlicher Autorität vorherrsche.

Ich möchte auch aus einem Bericht des Verfassungsschutzes zitieren:

„Auch im Jahr 2018 hat sich im Bereich des Hambacher Forstes die Gewaltausübung von

Linksextremisten der autonomen Szene weiter verschärft.“

Das sind die Personen, von denen Sie sich nicht glaubwürdig distanzieren, liebe Kolleginnen und Kollegen der Grünen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Herr Kollege Brockmeier, Entschuldigung, dass ich Sie unterbreche. Frau Kollegin Schäffer würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

**Alexander Brockmeier**<sup>\*)</sup> (FDP): Die Grünen haben schon 85 Fragen gestellt. Ich denke, dass ich hier einmal im Zusammenhang vortragen darf, und dann können sie gerne mit einem anderen Mittel hier eingreifen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ich möchte noch einmal auf die Frage 32 eingehen; denn diese ist sinnbildlich. Da fragen Sie, wie die Landesregierung die Aussage von RWE bewerte, dass das Unternehmen bestrebt sei, die Kosten, die im Zuge der Räumung entstanden seien, den Baumbesetzern in Rechnung zu stellen.

Meine persönliche Bewertung ist da ganz klar: Ich bitte darum, dass diese Chaoten die durch ihre Besetzung entstandenen Kosten auch begleichen müssen. Das ist doch selbstverständlich.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Eines ist durch Ihre Große Anfrage ganz deutlich geworden: Um den Hambacher Forst als solchen oder um Klimaschutz geht es Ihnen gar nicht. Sie wollen hier politisch Stimmung machen und sind dabei ganz weit weg von einer sachlichen Diskussion. Das haben Ihre Große Anfrage, aber auch der Beitrag der Grünen hier belegt.

(Beifall von der FDP und der CDU)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Brockmeier. Sie haben wahrscheinlich bemerkt, dass von Herrn Kollegen Wagner von der AfD-Fraktion eine Kurzintervention angemeldet wurde.

**Markus Wagner** (AfD): Herr Kollege Brockmeier, das war eine messerscharfe Analyse dessen, was im Hambacher Forst vorgeht. Sie haben Dinge aufgezählt, die auch ich hier schon öfter erwähnt habe,

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

aber eines fehlte mir dabei: Der Hambacher Forst wurde in dem Bewusstsein geräumt, dass er jederzeit wieder von diesen linksextremen Gewalttätern und Kriminellen besetzt werden könnte. Ich habe

damals gemahnt, dass wir aufpassen müssen, hier in Nordrhein-Westfalen nicht eine Art neuer Flora zu installieren.

Inzwischen ist es genau dazu gekommen. Wir haben diesen rechtsfreien Raum, aus dem heraus Straftaten Schwerstkrimineller hervorgehen, und die Landesregierung lässt dies geschehen. Sie unternimmt nichts dagegen. Die Nulltoleranzpolitik wird im Umgang mit diesen Linksextremisten ad absurdum geführt. Das ist doch die Frage, die sich die regierungstragenden Fraktionen hier mal stellen müssen und der sie sich stellen müssen. Und sie müssen handeln. – Danke schön.

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank. – Sie können gerne antworten.

**Alexander Brockmeier**<sup>\*)</sup> (FDP): Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Ich kann eine ganz kurze Antwort darauf geben. Diese Landesregierung bzw. diese NRW-Koalition ist auf keinem Auge blind und geht gegen jede Straftat vor. Wir haben das bei den Clans erlebt, aber das gilt genauso für salafistische Extremisten oder auch Linksextreme. Wir sind überall in Nordrhein-Westfalen präsent und gehen da weiter unseren Weg.

(Beifall von der FDP und der CDU)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Brockmeier. – Für die AfD-Fraktion spricht Herr Kollege Beckamp.

**Roger Beckamp** (AfD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Grünen haben eine Große Anfrage zur Räumung des Hambacher Waldes gestellt.

(Ralf Witzel [FDP]: Forst! Forst!)

Eigentlich wäre das gar nicht nötig gewesen, denn aus ihrer Anfrage ging schon ohne die Antworten der Landesregierung ganz klar hervor: Die Räumung des Hambacher Forstes ist unter einem Vorwand erfolgt, und die Räumung der gewalttätigen linken Randalierer und Kotschmeißer ... Verzeihung, das nehme ich zurück; bitte streichen Sie das. Die Räumung der gewaltfreien Umweltaktivisten war nicht zulässig.

Ihre Große Anfrage soll nicht wirklich etwas aufklären und soll auch nichts zutage fördern. Ihnen geht es schlicht darum, die Räumung und auch die Rodung des Hambacher Forstes, die dann nicht erfolgt sind, als Unrecht darzustellen, als böse.

Zugleich geht es den Grünen wie so häufig darum, die Polizei in einem schlechten Licht erscheinen zu lassen. Das reiht sich in eine lange Geschichte der Agitation der Grünen gegen den Staat und seine Organe ein.

Es fängt an beim allbekanntem Polizistenprügler Joschka Fischer und reicht in der Gegenwart bis zur Grünen Jugend. So fordert Ihre Grüne Jugend aktuell in einem Positionspapier, die Polizei völlig neu aufzustellen. Das Papier strotzt vor linksradikaler Rhetorik und verleumderischen Unterstellungen, und das alles gegen die Polizei.

Passend dazu finden wir auf der Internetseite der Grünen Jugend einen Terminhinweis für den 11. September: „Banden bilden! Patriarchat zerschlagen!“ Das hört sich total lustig an, so wie „Unter dem Pflaster liegt der Strand“. Aber was heißt das konkret? Was verbirgt sich denn dahinter? Was denken Sie denn? Denken auch Sie so etwas wie Ihr Gulag-Grüner aus Krefeld, der gerade durch die Presse geistert, weil er AfDler an den Galgen hängen möchte und solche Sachen? Ist es das, was Sie wollen?

(Helmut Seifen [AfD]: Hört, hört!)

Und bei der Gelegenheit – ich komme zurück zur Großen Anfrage – können Sie sich gleich mal zu Ihren Verstrickungen mit „Ende Gelände“ äußern. „Ende Gelände“ ist linksextrem. Die Unterstützerliste von „Ende Gelände“ reicht von mehreren Bundestagsabgeordneten über die Grüne Jugend bis hin zum Bundesverband und Landesverband. Wir haben uns die Mühe gemacht, eine Grafik zu erstellen,

(Der Redner hält ein Blatt Papier hoch.)

auf der diese Verknüpfungen zum Beispiel auf Instagram sehr deutlich dargestellt sind. Diese Grafik zu den Verknüpfungen zwischen „Ende Gelände“, Grüne Jugend und weiteren überlasse ich gerne jedem, auch Ihnen, Herr Reul.

Ihre Anfrage entlarvt vor allem auch Ihr mangelndes Rechtsbewusstsein und kurzes Gedächtnis. Denn was im Hambacher Forst mit den Demos, Übergriffen auf Polizisten, illegalen Baumhäusern, Müllbergen im Wald – ja, es waren Müllberge im Wald, die Leute aus Ihrem Dunstkreis zurückgelassen haben – usw. passiert ist, war rechtswidrig – ordnungsrechtswidrig, baurechtswidrig und vieles mehr.

So ist es nun einmal: Das Gesetz gilt auch für Grüne und ihr Umfeld. Wir brauchen schlichtweg keine Antifa-Enklave im Hambacher Forst, auch wenn Ihnen und in der Tat auch Teilen der SPD das sicher gut gefiele.

Aber was machen Sie? Sie spielen verkehrte Welt. Sie machen in Ihrer Anfrage Gespräche zwischen der Landesregierung und RWE zum eigentlichen Problem – und nicht den massenhaften und gewalttätigen Rechtsbruch Ihrer linksextremen Freunde.

Grünes Detail am Rande: Während Sie hier sehr leidenschaftlich und wahrhaftig für den Erhalt von Wald und Forst kämpfen, also jedenfalls Bäumen, sind Ihre grünen Parteifreunde in Hessen gar nicht so wald-

romantisch, sondern stimmen dafür, Teile des Reinhardswalds für die Errichtung von Windkraftanlagen abzuholzen. So einfach kann es dann sein in der Abwägung, wenn es denn passt. Wie passt das bei Ihnen zusammen? Wie kriegen Sie das in Ihren Kopf hinein? – Komisch.

Ich möchte noch kurz auf zwei interessante Fakten aus Ihrer Großen Anfrage bzw. die Antworten der Landesregierung eingehen. Im örtlichen Umfeld von Hambi – so bezeichnen wir das unter uns – gab es im Jahr 2017 151 Straftaten.

Jetzt raten Sie einmal, wie viele es im unmittelbaren zeitlichen Umfeld des Hambis gab, als 2018 alles losging. Es waren 1.183. Dabei geht es um Delikte wie Diebstahl – vermutlich, um gegen das kapitalistische Schweinesystem zu protestieren – und um zivilgesellschaftlich willkommene Delikte wie Körperverletzung oder auch um sicher eher freundlich gemeinten Haus- und Landfriedensbruch bis hin zum immer wieder neu auszuhandelnden Widerstand gegen Polizei und Vollstreckungsbeamte.

Meine Damen und Herren von den Grünen, der Innenminister, der gerade intensiv an dieser Aussprache teilnimmt, hat völlig recht. Er hat gesagt, wir dürften „das Problem des Linksextremismus nicht aus den Augen verlieren. Da gibt es eine neue Qualität, die mir ernste Sorgen bereitet.“

Danke, dass die Grünen genau das mit ihrer Großen Anfrage noch einmal klargemacht haben, auch wenn das nicht ihre Absicht war. Dumm gelaufen für die Grünen.

(Beifall von der AfD)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Beckamp. – Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Scharrenbach.

**Ina Scharrenbach**<sup>\*)</sup>, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Die Debatte heute macht wieder einmal deutlich, dass die Grünen beim Thema „Hambacher Forst“ weiter ihr Licht halten.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir haben es dort mit einer Szene zu tun, die fremdes Eigentum in Beschlag nimmt und versucht, dies mit dem Grundgesetz zu rechtfertigen.

Die Tatsache, dass das Inbeschlagnahmen von fremdem Eigentum durch eine Fraktion aus dem Landtag unterstützt wird, ist bemerkenswert an sich. Dass Sie dazu auffordern, das Inbeschlagnahmen von fremdem Eigentum als Staat zu tolerieren, ist auch bemerkenswert.

Diese baulichen Anlagen verstoßen zudem gegen das Bauordnungsrecht. Ansonsten legen Sie durchaus großen Wert darauf, dass bauordnungsrechtliche Vorschriften in Nordrhein-Westfalen umgesetzt und nachgehalten werden, komischerweise nur nicht an dieser Stelle.

Die Räumung war rechtmäßig. Das haben die Gerichte so beurteilt. Insofern können wir nur nachdrücklich empfehlen, sich die Urteile durchzulesen. Diese Gerichtsurteile enthalten auch Hinweise auf den entsprechenden Grundrechtsparagrafen, der in diesem Fall aus Sicht der Gerichte übrigens nicht greift, um es einmal sehr deutlich zu sagen.

Die Besetzer sind keine friedlichen Umweltschützer, und das Verhalten der Besetzer hat mit Umweltschutz auch nicht das Geringste zu tun.

(Beifall von der CDU, der FDP und der AfD)

Die Menschen, die sich jetzt noch im Hambacher Forst in Baumhäusern aufhalten, tun dies auf eigene Gefahr und verstoßen damit gegen die erlassenen Allgemeinverfügungen. Auch das ist hinlänglich bekannt.

Innenminister Reul hat trotz aller zusätzlichen Belastungen und der Bekämpfung von Gewaltphänomenen in Nordrhein-Westfalen die Einsätze im Hambacher Forst unverändert fortgesetzt. Zuletzt wurde dort noch ein – in Anführungszeichen – „Stubendurchgang“ durchgeführt. Die Polizei ist somit regelmäßig vor Ort.

Diese Landesregierung hat dafür Sorge getragen, dass der Hambacher Forst stehen bleibt. Sie haben das nicht gemacht. Diese Landesregierung hat das im Zuge der Verhandlungen über den Ausstieg aus der Kohleverstromung getan.

(Bodo Löttgen [CDU]: Das war den Grünen wichtiger als die Dörfer!)

– Vielen Dank, Herr Abgeordneter.

Diese Landesregierung hat also dafür Sorge getragen, dass der Hambacher Forst stehen bleibt.

(Lachen von Monika Düker [GRÜNE])

Aus diesem Grund will ich partout nicht verstehen, warum diese Leute, die sich als Umweltschützer deklarieren, den Hambacher Forst unverändert besetzen.

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Entschuldigung, dass ich Sie unterbreche, Frau Ministerin. Herr Kollege Wagner von der AfD-Fraktion würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

**Ina Scharrenbach**<sup>\*)</sup>, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung: Ich würde gerne zu

Ende ausführen. – Das will ich einfach nicht verstehen.

Dass Sie als Abgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen nicht mithelfen, damit der Hambacher Forst endlich zur Ruhe kommt und damit letztendlich offen gesagt alle zur Ruhe kommen, erschließt sich mir auch nicht.

Deswegen möchte ich abschließend auf eine Aktion aufmerksam machen. Ich bin gespannt, wie Sie darauf reagieren werden. Innenminister Herbert Reul hat in dieser Woche unter dem Stichwort „Gemeinsam ein Zeichen setzen“ eine neue Kampagne mit dem Titel „NRW zeigt Respekt für Einsatzkräfte“ gestartet und hat in diesem Zusammenhang sehr deutlich gesagt: Wer Rettungskräfte oder Polizisten angreift, greift uns als Gesellschaft an.

(Beifall von der CDU, der FDP und der AfD)

Diese Besetzer greifen nun einmal Polizisten an, und damit greifen sie uns als Gesellschaft an.

Das Erstaunliche und Schöne ist, dass diese Aktion, die der Innenminister ins Leben gerufen hat, auf einen Solidaritätsantrag aller im Landtag vertretenen Fraktionen zurückgeht. Vor diesem Hintergrund darf ich Sie fragen, ob Sie das nicht so empfinden. Und ich darf Sie fragen, ob Sie mit dem Tragen dieses Pins auch Ihre Solidarität mit denjenigen zum Ausdruck bringen, die uns tagtäglich schützen.

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Ja, selbstverständlich!)

Stehen Sie zu diesem Antrag?

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Ja, natürlich!)

Nach Ihrem heutigen Auftritt darf ich daran doch deutliche Zweifel äußern.

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Das ist eine Frechheit!)

Die Polizisten sind diejenigen, die jeden Tag in jeder Stadt in Nordrhein-Westfalen dafür Sorge tragen, dass Menschen sicher und geschützt sind, egal wo und wie.

Allein die Tatsache, dass Sie der Landesregierung heute wieder vorgehalten haben, dass sie angeblich Handlanger eines Unternehmens oder von wem auch immer sei, ist eine absolute Unverfrorenheit und Unverschämtheit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Mit diesem Auftritt, den Sie hier heute als Bündnis 90/Die Grünen abgeliefert haben, haben Sie deutlich gemacht, dass Sie diesen Respekt nicht zeigen.

(Beifall von der CDU und der FDP – Widerspruch von den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Frau Ministerin. Sie haben bereits bemerkt, dass es Kurzinterventionsanmeldungen gibt, und zwar eine bei Herrn Abgeordneten Klocke von Bündnis 90/Die Grünen und die zweite bei Herrn Abgeordneten Wagner von der AfD-Fraktion. – Herr Klocke, Sie haben das Wort.

**Arndt Klocke (GRÜNE):** Danke, Frau Präsidentin! Frau Ministerin, wir hatten miteinander das Vergnügen, im vorletzten Herbst 2018, im September, an der Sitzung des Ausschusses für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen an dem Tag, an dem die Verordnung zur Räumung auf den Weg gebracht wurde, teilzunehmen. Ich war der grüne Abgeordnete und durfte mir Ihre Ausführungen anhören. Sie haben damals die Räumung mit Brandschutz, ausschließlich mit Brandschutzkriterien, Gefahr in Verzug um Leib und Leben begründet.

Neben Ihnen saß Ihr Staatssekretär, Herr Heinisch, den ich seit vielen Jahren kenne, weil er über viele Jahre eine führende Rolle beim NRW-Feuerwehverband ausgeübt hat, sich sicherlich mit Brandschutzfragen intensiv auskennt. Er hat in der damaligen Ausschusssitzung auch ausgeführt.

Leider konnte ich im letzten Herbst aus gesundheitlichen Gründen einige Wochen nicht am Plenum teilnehmen und konnte Sie in den Debatten, die dazu stattgefunden haben, nicht fragen.

Mich beschäftigt seitdem die Frage: Wenn man diese Begründung, die Sie damals im Ausschuss ausführlich vorgestellt haben – jetzt lassen wir die ganzen, das haben Sie eben auch noch gezeigt, Beschimpfungen, Ihre Tiraden, die Sie gerne gegen Grüne richten, weg –, wenn man also den sachlichen Kern Ihrer Ausführungen nimmt, dann war es eine Brandschutzfrage.

Ich frage mich, warum Sie, wenn das bis heute gilt – das haben die Redner eben auch noch einmal deutlich gemacht –, wenn der Zustand, das hat auch der Kollege der SPD, Herr Göddertz, eben angesprochen, bis heute fortbesteht, ...

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Die Redezeit!

**Arndt Klocke (GRÜNE):** ... dann keine weiteren Räumungen, keine weiteren Überprüfungen in diesem Bereich vorgenommen haben. Denn die Brandgefahr ...

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Die Redezeit!

**Arndt Klocke (GRÜNE):** ... müsste doch weiterhin genauso gegeben sein wie im September 2018. Das würde mich interessieren.

(Zuruf von der CDU: Würden Sie es denn mittragen?)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Frau Ministerin.

**Ina Scharrenbach**<sup>\*)</sup>, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung: Vielen Dank, Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Abgeordneter, der Unterschied zwischen der Situation ab dem 8. Oktober bis heute zu der Zeit vor der Räumungsverfügung ist der folgende:

Wir haben zum Zeitpunkt der damaligen Räumungsverfügung erstens nie ein Einschreiten der bauordnungsrechtlich zuständigen Behörden gehabt.

Zweitens gab es auch nie eine Allgemeinverfügung der zuständigen Behörden.

Diese Allgemeinverfügung gibt es seit dem 8. Oktober, seit Herbst 2018, die gegenüber jedermann und jederfrau kundgetan ist und deutlich gemacht hat, was im Hambacher Forst zulässig ist und was nicht. Das ist der entscheidende Punkt. Und diese Allgemeinverfügung der entsprechenden Behörden gilt bis heute.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Was ist die Konsequenz daraus?)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Frau Ministerin. – Herr Kollege Wagner, Sie haben das Wort.

**Markus Wagner** (AfD): Vielen Dank, Frau Präsidentin! Frau Scharrenbach, Sie haben eben die Angriffe auf Polizei und Rettungskräfte genannt. Ich würde auch die tätlichen Angriffe auf Mitarbeiter von RWE hinzufügen. Aber ich möchte auf etwas anderes hinaus.

Diese bauordnungsrechtliche Entscheidung ist letztlich herangezogen worden, den Hambacher Forst zu räumen und am Ende auch die rot-grüne Leitentscheidung umzusetzen. Was aus meiner Sicht auffällig ist, war die Tatsache, dass auch gehandelt wurde, solange der Kohlekompromiss noch nicht da war.

Von dem Zeitpunkt an, als es den Kohlekompromiss gab, hat man die Flutung des Hambacher Forstes mit diesen linksextremen, angeblichen Umweltschützern einfach wieder zugelassen. Und das vermag ich nicht zu verstehen. Meine Frage wäre gewesen, ob Sie mir das vielleicht erklären können.

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank. – Frau Ministerin.

**Ina Scharrenbach**<sup>\*)</sup>, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung: Vielen Dank, Frau Präsidentin! Wenn Sie, Herr Abgeordneter, die zwischenzeitlich erstatteten Berichte seitens der Landesregierung nehmen, die sowohl im Zusammenhang mit der Beantwortung Kleiner Anfragen erstellt wurden als auch in den jeweils zuständigen Ausschüssen behandelt wurden, dann können Sie diesen entnehmen, dass es auch nach dem 8. Oktober 2018 Maßnahmen in und um den Hambacher Forst durch die verschiedenen Ministerien und die darunter gelagerten Behörden gegeben hat.

(Markus Wagner [AfD]: Danach nicht mehr?)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Frau Ministerin. – Dann hat sich jetzt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Kollegin Düker gemeldet. Sie haben 27 Sekunden Redezeit.

**Monika Düker**<sup>\*)</sup> (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die aufgeheizte Debatte heute zeigt mir persönlich einmal mehr: Wie tief muss das Trauma bei Ihnen sein, dass dieser Wald noch steht?

(Zurufe von der CDU)

Frau Scharrenbach, es waren die Gerichte, die Ihnen das Stoppschild gezeigt haben. Und ohne die Gerichte würde dieser Wald nicht mehr stehen. Wir sind ...

(Zurufe – Ralf Witzel [FDP]: Das zeigt Ihr Rechtsstaatsverständnis! Dafür ist das interessant! – Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

– Jetzt müssen Sie dafür sorgen, dass ich reden kann, sonst kann ich die Zeit nicht ausschöpfen. Ich möchte nicht schreien, um Sie zu übertönen, Herr Hovenjürgen. Deswegen vielleicht etwas Ruhe für meinen letzten Satz.

Wir sind mit ausweislich und nachweislich der Gewerkschaft der Polizei und dem Bund Deutscher Kriminalbeamter einer Meinung, dass Sie die Polizei in einem damals politisch ungelösten Konflikt missbraucht haben. Die Antwort der Großen Anfrage zeigt ganz klar:

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Die Redezeit!

**Monika Düker**<sup>\*)</sup> (GRÜNE): Das war nicht nur der größte, sondern am Ende

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Sie stellen sich vor diese Gewalttäter! Es geht hier um Gewalttaten, um Rechtsbrüche!)

unnützte Einsatz der Polizei in NRW.

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Frau Düker!

**Monika Düker\*** (GRÜNE): Sie haben hier auf dem Rücken der Polizei einen ungelösten Konflikt ausge tragen. Und das zeigt diese Große Anfrage sehr deutlich. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Frau Düker. – Jetzt hat sich für die Landesregierung Herr Minister Reul gemeldet. Damit es kein Vertun und kein Missverständnis gibt: Die Landesregierung hat keine Redezeit mehr. Damit bekommt jetzt gleich jede Fraktion die Gelegenheit, dieselbe Zeit zu reden, die die Landesregierung jetzt benötigt.

**Herbert Reul,** Minister des Innern: Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Frau Präsidentin! Ich wollte uns allen nur, insbesondere Frau Düker, gerne eine Frage mit auf den Weg geben, weil über die Vergangenheit alles gesagt ist. Da gibt es verschiedene Bewertungen.

Aber jetzt gibt es – darauf kann man sich sicherlich einigen – eine neue Lage: Es gibt einen Kohlekompromiss, der Wald bleibt stehen. Der Rechtsbruch findet aber jeden Tag statt. Würden Sie mir zustimmen, dass man gegen diesen Rechtsbruch vorgehen müsste? Würden Sie das dann auch unterstützen oder nicht?

(Beifall von der CDU und der FDP – Zurufe)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank. – 50 Sekunden können jetzt von den Fraktionen genutzt werden. – Das möchten die Fraktionen aber nicht.

Dann schließe ich die Aussprache zu Tagesordnungspunkt 15, zur Großen Anfrage 17, und stelle fest, dass wir damit die Beratung abgeschlossen haben.

Ich rufe auf:

## 16 Radweg entlang der A 52 und der Ruhrtalbrücke

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 17/8410

Beschlussempfehlung und Bericht  
des Verkehrsausschusses  
Drucksache 17/10665

Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner hat für die CDU-Fraktion Herr Kollege Blöming das Wort.

**Jörg Blöming\*** (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im vorliegenden Antrag geht es um einen neuen Radweg entlang der A52 und der Ruhrtalbrücke, ein Anliegen, das wir im Kern teilen. Wir stehen für eine ganzheitliche und ideologiefreie Verkehrspolitik. Hierzu gehört auch die Förderung des Radwegenetzes.

Wir stehen aber auch zum dringend benötigten Ausbau der A52. Es geht insbesondere um den 8 km langen Abschnitt zwischen dem Autobahnkreuz Breitscheid und der Anschlussstelle Essen-Kettwig.

Hierzu gehört die 64 Jahre alte Ruhrtalbrücke Mintard, die durch ein neues Bauwerk ersetzt werden muss; für eine gute Infrastruktur ist dies unumgänglich. Daher wird der sechsspurige Ausbau der A52 auch im Vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans 2030 aufgeführt.

Es hat aber keinen Sinn, einen neuen Radschnellweg an eine marode Brücke anzudocken. Daher haben wir unsere Änderungen eingebracht. Hier ist das dringend benötigte Bekenntnis zum Ausbau der A52 verankert. Erst in diesem Zuge ist die Idee eines Radschnellweges ein ganzheitlicher Ansatz zur Verbesserung der Mobilität.

Voraussetzung dafür ist, dass die Vorgaben eines gleichwertigen Radwegeanschlusses und der Potenzialanalyse erfüllt werden und die Machbarkeitsstudie positiv ausfällt. Dadurch werden wir der dringend benötigten Engpassbeseitigung und dem Wunsch nach einer emissionsarmen Mobilität gleichermaßen gerecht.

In der Region herrscht ein großer kommunaler Konsens für die Etablierung eines Radschnellweges. Es entspricht dem Bedürfnis der Menschen in unserem Land, beim Umstieg auf das Fahrrad auch eine passende Infrastruktur vorzufinden. Dafür arbeitet die Nordrhein-Westfalen-Koalition seit dem 14. Mai 2017.

Erst am 5. Juni 2020 hat der Bundesrat eine Änderung des Bundesfernstraßengesetzes beschlossen, auch ein Erfolg unserer Initiative. Ab sofort können auf Autobahnbrücken oder an Bundesstraßen Radwege auf Kosten des Bundes gebaut werden. Voraussetzung ist eine Anbindung an das weitere Radwegenetz und die Übernahme der Baulast durch das Land.

Ein weiterer wichtiger Schritt zur Unterstützung der Radfahrerinnen und Radfahrer ist das Fahrradgesetz: 25 % des Verkehrsaufkommens in Nordrhein-Westfalen sollen zukünftig auf das Rad entfallen. Damit bekennen wir uns zu den Zielen der Volksinitiative Aufbruch Fahrrad. Aktuell sind wir mit allen Beteiligten auf einem sehr guten Weg. Es wird schon bald ein entsprechendes Gesetz zur Stärkung des Radverkehrs geben.

Unsere Bemühungen werden aber auch finanziell ersichtlich: Alleine in diesem Jahr investieren wir 47